

Konferenz Soziales

Gemeindeumfrage vom 5. Februar bis 15. April 2013

Gemeinde	3052 Zollikofen
Kontaktperson	Frau Mirjam Veglio, Gemeinderätin Soziales
Adresse	Gemeindeverwaltung, Wahllackerstrasse 25, Postfach 366
PLZ, Ort	3052 Zollikofen
Tel.	079 687 52 75
E-Mail	mirjamveglio@swissonline.ch

Unser Gemeinderat nimmt im Rahmen der Vernehmlassung zur Bildung einer Konferenz Soziales wie folgt Stellung:

Frage 1 (Grundsatz)

Die Gemeinde ist interessiert, der Konferenz Soziales beizutreten.

Ja Nein

Frage 2 (Aufgaben)

Die im Reglementsentwurf vorgeschlagenen Aufgaben der Regionalkonferenz sind richtig umschrieben.

Ja Nein

Frage 3 (Organisation)

Die im Reglementsentwurf vorgeschlagene Organisation ist sinnvoll.

Ja Nein

Frage 4 (Kosten)

Die ausgewiesenen Kosten gemäss Budgetberechnung sind angemessen.

Ja Nein

Bemerkungen

Frage 2 Aufgaben:
Art. 3 Ziffer g ist ersatzlos zu streichen (Konferenz Soziales darf nicht operativ tätig werden).

Allgemein:
siehe separate Beilage "Allgemeine Bemerkungen"



Zusatzfrage (Beschlussfassung Beitritt)

Erlässt die Regionalversammlung das bereinigte Reglement «Konferenz Soziales» am 2. Juli 2013, so kann in der Folge das entscheidungskompetente Organ unserer Gemeinde (GR, GGR oder GV je nach OgR) über den Beitritt voraussichtlich beschliessen am:

Datum: 2. Halbjahr 2013

Datum: 11. April 2013

Namens des Gemeinderates

Unterschriften:
Der Präsident:  Der Sekretär: 

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen bis spätestens **15. April 2013** an:

Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM
Holzikofenweg 22
Postfach 8623
3001 Bern

Fax 031 370 40 79
Email info@bernmittelland.ch

Konferenz Soziales / Gemeindeumfrage vom 5. Februar bis 15. April 2013

Allgemeine Bemerkungen:

Die individuelle Sozialhilfe wird von den Gemeinden nach Vorgaben des Kantons vollzogen. Die Regelungsdichte ist dabei in der Zwischenzeit schlicht und einfach zu gross. Trotzdem oder gerade deshalb stellen sich in der Praxis immer wieder gewisse Fragen. Diese werden in den regionalen ERFA's der Leiter Sozialdienste oder in der von den Gemeinden und dem Kanton finanzierten Berner Konferenz für Sozialhilfe, Erwachsenen- und Kinderschutz (BKSE) beraten. Die BKSE wurde vom Kanton beauftragt ein Online Handbuch Sozialhilfe zu erstellen, welches inzwischen den Gemeinden zur Verfügung steht.

Bei der institutionellen Sozialhilfe erfolgt die politische Steuerung durch Grossrat und Regierungsrat. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) erhebt und analysiert unter Beizug der Gemeinden und der Leistungserbringer den Bedarf an Leistungsangeboten.

Die GEF erstellt wiederkehrend verschiedene Berichte zur sozialpolitischen Planung und Steuerung.

Die Gefahr besteht, dass mit der Einführung der Konferenz Soziales Doppelspurigkeiten und ein noch grösserer Koordinationsbedarf entsteht. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob der bisherige Leistungsausweis der Kommission Soziales die jährlichen Kosten von Fr. 108'000.00 rechtfertigen. Beispielsweise standen Empfehlungen für eine einheitliche Mietzinspraxis den Sozialdiensten bereits durch die ERFA's der Leiter Sozialdienste erarbeitet, regional zur Verfügung. Das Projekt gggfon wurde in der Gemeinde Münchenbuchsee initiiert und dann regional erweitert. Der Bericht Regionale Altersplanung der RKBM ist interessant und ergänzt in gewissen Teilen der von der GEF im Jahr 2011 publizierten Bericht zur Alterspolitik im Kanton Bern. Inwieweit der Bericht der RKBM Einfluss auf die regionale Altersplanung haben wird und für die einzelnen Gemeinden von Bedeutung ist, ist offen. Laut diesem Bericht ist die Rolle der RKBM im Bereich Soziales noch unklar.

Die Gemeinden haben mehrfach bewiesen, dass sie bei Bedarf ohne regionale Koordinationsstelle gemeindeübergreifend auch im Sozialbereich zusammenarbeiten können (zum Beispiel Jugendarbeit oder Spitex).

Die aufgeführten Kosten von Fr. 0.28 pro Einwohner und Einwohnerin sehen auf Anhieb moderat aus. Die Totalkosten auf fünf Jahre gerechnet belaufen sich jedoch auf mindestens Fr. 0.5 Mio. für die Steuerzahlenden der Region Bern Mittelland, ohne die Aufwendungen der einzelnen Gemeinden für Vernehmlassungen und Stellungnahmen mit zu berücksichtigen.

Aufgrund dieser Überlegungen stellen wir die Notwendigkeit einer ständigen Konferenz Soziales im RKBM in Frage.

Zollikofen, 8. April 2013